

## Beschluss Verurteilung von LSBTTI\*-Diskriminierung in Polen

Gremium: Landesdelegiertenrat  
Beschlussdatum: 07.03.2020  
Tagesordnungspunkt: 5. Inhaltliche Anträge

### Antragstext

1 Beschluss des LDR vom 07.03.2020:

2 Innerhalb eines Jahres wurden in Polen 87 Zonen (Regionen, Landkreise und  
3 Gemeinden) deklariert, die sich als frei von LSBTTI\* oder frei von LSBTTI\*-  
4 „Ideologie“ bezeichnen. Dadurch werden LSBTTI\*-Personen, Lesben, Schwule,  
5 Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und intergeschlechtliche Menschen, aktiv  
6 diskriminiert, ausgegrenzt und eingeschüchtert. Die polnischen  
7 Gebietskörperschaften verstoßen aus unserer Sicht gegen die EU  
8 Antidiskriminierungsrichtlinie, aber auch gegen die polnische Verfassung, in der  
9 die „unveräußerliche Würde“ jedes Menschen geschützt ist – gedeckt durch die  
10 rechtskonservative PiS-Regierung.

11 Die Deklarationen sind gespickt mit Formulierungen zur „Widernatürlichkeit“ von  
12 LSBTTI\*-Menschen und einem vermeintlichen Widerspruch zu christlichen Werten.  
13 Flankiert werden diese Beschlüsse durch verbale Attacken polnischer Bischöfe  
14 gegen Homo- und Transsexuelle. Die sichere und freie Lebensgestaltung von nicht-  
15 heteronormativen Menschen ist in Polen bedroht! Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
16 Sachsen-Anhalt ist das nicht hinnehmbar, dass Menschen in ihren Grundrechten  
17 beschnitten werden und sich vor Gewalt fürchten müssen, wie die tätlichen  
18 Angriffe auf Pride-Veranstaltungen im vergangenen Jahr zeigen. Wir sind  
19 solidarisch mit den betroffenen Menschen und stehen an ihrer Seite!

20 Auch in der Woiwodschaft Masowien, Sachsen-Anhalt Partnerregion, haben  
21 Landkreise und Gemeinden LSBTTI\*-feindliche Resolutionen verabschiedet. Im  
22 Austausch mit unseren Partnerregionen, -kreisen und -gemeinden werden wir auf  
23 diese Verstöße hinweisen, unsere Ablehnung der Deklarationen verdeutlichen und  
24 Kontakt zu betroffenen Einrichtungen und Menschen suchen. Hier sind auch die  
25 Kirchen, sowie alle zivilgesellschaftlichen Akteure gefragt, in ihren Kontakten  
26 nach Polen diesen Positionen zu widersprechen und zum Schutz der Freiheits- und  
27 Minderheitsrechte beizutragen.

28 Wir werden die Entwicklungen in den Partnerstädten weiter beobachten und den  
29 Dialog zu unseren gemeinsamen europäischen Werten suchen.

30 In Kommunen, die Partnerschaften zu polnischen Städten unterhalten, in den  
31 solche Deklaration bereits verabschiedet wurden, wollen wir auf einen Brief mit  
32 der Aufforderung zur Widerrufung der Deklaration hinwirken.